

ver.di

vaau

UNSERE ZEITUNG FÜR DIE
BERLINER FINANZÄMTER

Informationen | Meinungen | Analysen | Termine | Links

10. März 2022

ver.di-Jugend fordert eine Berliner Initiative zur Entschlackung der Ausbildung**„Es bringt nichts, jeden Sonderfall für die Prüfung zu pauken!“**

Am 9. März 2022 haben sich Vertreter des ver.di-Fachvorstandes Steuerverwaltung und der ver.di-Jugend mit dem neuen Berliner Finanzsenator Daniel Wesener zu einem ersten Meinungsaustausch getroffen. Leider konnte dieses erste Treffen aufgrund der Corona-Pandemie nur digital stattfinden, was beide Seiten bedauerten. Eine Fortsetzung der Gespräche zwischen dem ver.di-Fachvorstand und dem Berliner Finanzsenator wurde dann auch sogleich verabredet, wobei beide Seiten hoffen, dass die nächsten Gespräche wieder bei einem persönlichen Treffen stattfinden können.

Der Finanzsenator Daniel Wesener wurde durch die neue Staatssekretärin Babro Dreher, die Abteilungsleiterin SenFin III, Susanne Klose, und den Referatsleiter SenFin III H Matthias Pahlitzsch begleitet, für ver.di nahmen Eric Lausch und Jörg Bewersdorf für den ver.di-Fachvorstand und unser Spitzenkandidat für GJAV-Wahl Tim Paul als Vertreter der ver.di-Jugend an dem online-Treffen teil. Komplettiert wurde die Gesprächsrunde durch Andreas Stoll, unserem hauptamtlichen ver.di-Gewerkschaftssekretär.



Die ver.di-Vertreter hatten die Themen Personalsituation, Ausbildung, IT und Telearbeit auf die Gesprächsagenda gesetzt.

Personalsituation

Eric Lausch wies eingangs auf die dramatische Personalsituation in den Finanzämtern hin. Neben einem in der letzten Quartalsstatistik zum 30.09.2021 ausgewiesenen Unterbestand an Vollzeitäquivalenten von 515 nicht besetzten Stellen und Stellenanteilen hat die PersBB auf den 1.1.2021 einen weiteren Bedarf von 676 zusätzlichen Stellen ergeben. Dem ständen lediglich

Haushaltsanmeldungen von 250 Stellen für den nächsten Haushalt gegenüber. Eric Lausch forderte, hier spürbar nachzulegen und die benötigten Stellen auch zum Haushalt anzumelden. *„Die Kolleginnen und Kollegen in den Finanzämtern sind seit Jahren hoch belastet und viele am Ende ihrer Kräfte, insbesondere, da keine Entspannung in Aussicht ist“*, so Eric Lausch. *„Die Situation ist alles andere als befriedigend“*, entgegnete Senator Wesener. Es müsse überlegt werden, wie wir das gemeinsam abgearbeitet bekommen. Aus seiner Sicht sei neben hohen Einstellungszahlen von Anwärtinnen und Anwärtern auch der Quereinstieg weiter in den Blick zu nehmen. Der Senator wies darauf hin, dass nichts unversucht bliebe, die gewünschten hohen Einstellungszahlen in KW auch zu realisieren.



Die Leitung des Aus- und Fortbildungszentrums in KW hatte zuletzt die Erhöhung der Einstellungszahlen in der Laufbahngruppe 1.2 von 170 auf 210 und in der Laufbahngruppe 2.1 von 210 auf 270 in Frage gestellt, weil nicht genügend Dozentinnen und Dozenten vorhanden seien und auch die Räumlichkeiten nicht ausreichen. Staatssekretärin



Babro Dreher sicherte zu, alles daran zu setzen die beabsichtigten Einstellungen in vollen Umfang auch zu ermöglichen. Jörg Bewersdorf forderte in diesem Zusammenhang, den Quereinstieg weiter auszudehnen und auch für den Außendienst, wie bereits beabsichtigt, durchzuführen. Susanne Klose, Abteilungsleiterin SenFin III, führte dazu aus, dass es unbedingt erforderlich sei, die BP-Ausbildung zu fördern und alle Lehrgänge vollständig zu besetzen.

Ausbildung

Tim Paul von der ver.di-Jugend und ver.di-Spitzenkandidat für die GJAV-Wahlen im Mai 2022 unterbreitete dem Senator zum Thema Ausbildung nun einen Vorschlag, mit dem die Vertreterinnen und Vertreter der Senatsverwaltung für Finanzen augenscheinlich nicht gerechnet hatten. Man dürfe nicht allein die Einstellungszahlen in den Blick nehmen, es müsse auch um den bestmöglichen Erfolg der Ausbildung gehen. *„Die Anwärtinnen und Anwärter müssen die Ausbildung auch bestehen“*, so Tim Paul. Aus ver.di-Sicht sei eine Entschlackung der Ausbildung dringend geboten. *„Es bringt nichts, jeden Sonderfall für die Laufbahnprüfung zu pauken“*, so Tim Paul weiter. *„Am Ende der Ausbildung müssen die Absolventinnen und Absolventen gut für die praktische Arbeit im Finanzamt gerüstet sein.“* Er forderte die SenFin-Vertreter auf, eine Berliner Initiative zur Reform der Ausbildung auf den Weg zu bringen. Der Senator nahm den Vorschlag interessiert auf, forderte aber besonders Tim Paul als Vertreter der jungen Beschäftigten auf, konkrete Vorschläge zu unterbreiten, die man dann in die Bundesarbeitsgruppe dazu mitnehmen könne. Jörg Bewersdorf wies noch einmal darauf hin, dass es ver.di nicht darum gehe, das Ausbildungsniveau zu senken, sondern von Spezialfällen, die nur für die Prüfung gelernt werden und dann über Jahre in der Praxis nicht angewandt werden, zu befreien. Solche Themen gehörten in die spätere Fortbildung. Eric Lausch wies darauf hin, dass es bereits Aufsätze zu Reformideen der Steuerbeamtenausbildung gebe. Er werde diese Ideen SenFin als Material zur Verfügung stellen. Abschließend wies Tim Paul noch einmal in aller Deutlichkeit auf die Benachteiligung der Berliner Anwärtinnen und Anwärter hin, insbesondere bezüglich der Wohnkosten in KW und des mangelnden Angebots. Er forderte, die beabsichtigte Errichtung eines Berliner Wohnhauses in KW voranzutreiben und die Mietkosten dort zu subventionieren.

IT-Ausstattung

Jörg Bewersdorf machte zum Thema IT zunächst deutlich, dass ver.di das Engagement und die Bemühungen der Kolleginnen und Kollegen des TFA uneingeschränkt anerkenne, IT-Einführungen für die Beschäftigten der Finanzämter so gut es gehe zu gestalten. Unter Hinweis auf das vorbereitende Gespräch mit der Abteilungsleiterin SenFin III, Susanne Klose, wies er aber noch einmal darauf hin, dass die Masse an Informationen kaum noch zu bewältigen sei und dringend dosiert werden müsse. Zudem wiederholte er die Forderung nach Angabe einer Lesezeit für die im AIS bereitgestellten Informationen und Markierung der Änderungen, wenn geänderte Dokumente eingestellt werden. Staatssekretärin Babro Dreher entgegnete, dass diese guten Vorschläge schnell umsetzbar sein sollten. Eric Lausch wies darauf hin, dass sich durch das Berliner Organisationsmodell die Beschäftigten hier deutlich umfangreicher informieren müssen, da sie viel mehr IT-Programme unmittelbar betreffen als in anderen Bundesländern. Außerdem forderte Jörg Bewersdorf, SenFin solle in den bundesweiten KONSENS-Arbeitsgruppen Einfluss darauf nehmen, die Einführung neuer Programme auf ein verträgliches Maß zu reduzieren und zeitlich zu strecken.

Telearbeit

Zum Thema Telearbeit und Homeoffice verwies Jörg Bewersdorf zunächst auf den Berliner Koalitionsvertrag. Dort heißt es: *„Die Koalition unterstützt das Recht auf mobiles Arbeiten, Telearbeit und Homeoffice und setzt sich für mehr Familienfreundlichkeit, Motivation und Kreativität ein.“* Jörg Bewersdorf schilderte dazu die ver.di-Haltung, dass flexible Regelungen erhalten bleiben und individuelle Lösungen gefunden werden müssen. Generelle Einschränkungen lehne ver.di ab. *„Die Kolleginnen und Kollegen haben in Pandemiezeiten auch Dank der vermehrten Telearbeit die Kohlen aus dem Feuer geholt und dafür gesorgt, dass die Steuerverwaltung gut durch die Pandemiezeit gekommen ist“*, so Jörg Bewersdorf. Nun dürfe es keine generellen Einschränkungen geben, unabhängig davon, dass natürlich individuell z. B. Ausbildung gesichert werden müsse. Direkt gefragt äußerte sich Finanzsenator Wesener dazu eindeutig: *„Ich halte nichts von einer Begrenzung der Telearbeit. Wir wollen die Möglichkeiten erhalten und nicht einschränken“*, so Daniel Wesener wörtlich. Und Staatssekretärin Dreher ergänzte: *„Was man in der Pandemie gelernt hat, sollte man auch fortsetzen.“* Es gelte, Flexibilität zu ermöglichen und beizubehalten. Frau Klose schlug abschließend vor, jedem Amt zunächst ein Kontingent von Laptops für die kurzfristige Ermöglichung mobiler Arbeit zur Verfügung zu stellen. Eine Vollausrüstung mit Laptops und Dockingstationen für alle Beschäftigten sei aktuell nicht finanzierbar. Allerdings sagte sie auch: *„Wir bleiben nur konkurrenzfähig, wenn wir modernes und flexibles Arbeiten ermöglichen.“*

Der Senator, der nach einer guten Stunde zu einer Senatssondersitzung zur Ukraine-Krise ins Rote Rathaus gerufen wurde, entschuldigte sich dafür, heute nur begrenzt für einen Austausch zur Verfügung zu stehen. Er und Babro Dreher machten aber deutlich, dass sie diesen konstruktiven Austausch mit den ver.di-Vertretern unbedingt regelmäßig fortsetzen wollen.

Zum Abschluss bedankte sich Eric Lausch nicht nur für das Gespräch in dieser gesellschaftlich schwierigen Zeit, sondern er setzte gleich auch ein Thema auf die nächste Tagesordnung. ver.di würde sich gerne mit dem Senator und seiner Staatssekretärin darüber austauschen, was alles unternommen werden könne, um eine klimaneutrale Steuerverwaltung in Berlin zu ermöglichen. Beispielhaft nannte er die Ausstattung der Finanzämter mit E-Ladesäulen für Autos und Fahrräder. Einig war man sich schnell, dass dies ein wichtiges Zukunftsthema sei, das es lohne, besprochen zu werden.